GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Zwischen Enttäuschung und Hoffnungsschimmer. Die unsichtbare Präsenz von Frauen an den saudischen Kommunalwahlen

Berriane, Yasmine

2005

https://doi.org/10.25595/3062

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Berriane, Yasmine: *Zwischen Enttäuschung und Hoffnungsschimmer. Die unsichtbare Präsenz von Frauen an den saudischen Kommunalwahlen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 14 (2005) Nr: 2, 110–113. DOI: https://doi.org/10.25595/3062.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Zwischen Enttäuschung und Hoffnungsschimmer

Die unsichtbare Präsenz von Frauen an den saudischen Kommunalwahlen

Yasmine Berriane

Im Jahre 1990 fuhren 47 saudische Frauen am Steuer von Kraftfahrzeugen durch Riad, um gegen das damalige inoffizielle, aber im Lande streng befolgte Fahrverbot für Frauen zu protestieren. Die Regierung reagierte darauf sehr restriktiv: Die Namen der beteiligten Frauen wurden veröffentlicht, ihre Aktion wurde offiziell als Untreue zum Islam verurteilt, die sich darunter befindlichen Lehrerinnen verloren ihre Stellen, jegliche politische Partizipation von Frauen wurde verboten und das Fahrverbot nun gesetzlich festgelegt.

Die Historikerin Eleanor Doumato deutete diese überraschend heftige Reaktion als eine Legitimationsstrategie der saudischen Monarchie gegenüber dem Druck, der von Seiten des konservativen Lagers im Lande ausgeübt wurde (vgl. Doumato 1992). Laut Doumato fand die oben genannte Demonstration zu einem überaus kritischen Moment statt, in dem das Haus der Saud mit heftiger Kritik aus dem In- und Ausland bezüglich ihrer Position im Golfkrieg konfrontiert war. Somit benützte die Monarchie diese Demonstration dazu, um öffentlich zu zeigen, dass sie – trotz ihrer außenpolitisch pro-westlichen Position – weiterhin als Hüterin einer wahhabitischen Auslegung des Islams agiere. Besonders das „Ideal" der islamischen, in der Öffentlichkeit unsichtbaren Frau ließe sich nämlich nach Doumato als Symbol dafür instrumentalisieren. Legitimationskrisen der Monarchie würden daher automatisch zu einer Verschärfung der Restriktionen für Frauen führen.

Die Situation scheint sich bis heute nicht wesentlich verändert zu haben. Seit den Attentaten des 11. September steht Saudi-Arabien unter verstärktem internationalen Druck, extremistische Gruppierungen zu kontrollieren sowie Liberalisierungsreformen im Inneren voranzutreiben. Gleichzeitig wird die Monarchie selbst mit destabilisierenden Terroranschlägen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund fanden im Jahre 2005 die ersten nationalen Kommunalwahlen des Landes statt. Die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder sollte gewählt werden. Doch im Gegensatz zu zahlreichen Nachbarstaaten – 1999 zum Beispiel in Katar, 2002 in Bahrain und 2005 in Kuwait – fehlten die Frauen sowohl auf der Wähler- als auch auf der Kandidatenseite. Trotz der optimistischen Erwartungen vieler war wenige Monate vor diesen Wahlen verkündet worden, dass Frauen jegliches Teilnahmerecht „aus organisatorischen Gründen" verwehrt bleiben sollte. Dieses Verbot wurde auf internationaler Ebene und von Seiten saudischer ReformerInnen als Zeichen dafür gesehen, dass das Ziel dieser Wahlen keinesfalls ein demokratisches war. Vielmehr sei es als ein Ablenkungsmanöver zu

verstehen, um auf diese Weise internationale sowie innere Reformforderungen zu befriedigen. Dabei habe das konservative Lager schlussendlich wieder einmal gesiegt. Die fehlende Teilnahme von Frauen an den Wahlen sollte jedoch nicht nur als eine Niederlage gesehen werden. Dies würde das interessante Geschehen verschleiern, das sich im Hintergrund abspielte. Tatsächlich machten sich Veränderungen bemerkbar, wenn auch nur in minimalen Schritten: So wurde erstmals eine breitere öffentliche Debatte über das Teilnahmerecht von Frauen an den Wahlen ausgelöst. Zudem stellten sich Frauen selbst als Kandidatinnen auf. Und letztendlich bediente sich die Regierung auch einer ganz neuen Art der Argumentation, um das Teilnahmeverbot zu rechtfertigen.

Zu aller erst fällt auf, dass die Ankündigung der Kommunalwahlen im Oktober 2003 und die Veröffentlichung der Wahlrichtlinien im August 2004 eine öffentliche und durch die lokale Presse mediatisierte Debatte über die Möglichkeit einer Teilnahme von Frauen auslöste. Genährt wurde diese Debatte insbesondere durch die als unklar empfundenen Formulierungen der Wahlrichtlinien (vgl. http://saudielection.com/en/rules_body.php?id=15). Laut Artikel 1 und 3 sollte jeder Kandidat und jeder Wähler folgenden Anforderungen gerecht werden: mindestens 21 Jahre alt und kein aktives Mitglied des Militärs sein sowie in der jeweiligen Gemeinde seit mindestens 12 Monaten ansässig sein. Befürworter eines Wahlrechts für Frauen schlossen daraus, dass eine Partizipation von Frauen nicht ausgeschlossen wurde, da dies nicht explizit im Text spezifiziert wäre. Viele dieser Stimmen (darunter Männer wie Frauen) erhoben sich in der Presse, analysierten die Formulierungen der Richtlinien, argumentierten mit dem im Islam eingebetteten Recht der Frauen, an Wahlen teilzunehmen, und zogen optimistisch den Schluss, dass Frauen an den angekündigten Kommunalwahlen teilnehmen dürften. Gegenteilige Aussagen wurden als Gerücht abgetan.

In Reaktion darauf entschieden sich sogar fünf Frauen dafür, für die Wahlen zu kandidieren. Den ersten Schritt machte Nadia Bakhurji, Unternehmerin und Architektin. Von ihrem Beispiel ermutigt folgte ihr Fatin al-Bundagji, Direktorin der Frauenforschungsabteilung der Industrie- und Handelskammer in Jiddah. Daraufhin folgten die Sozialpädagogin Fatma al-Khereiji, die Aktivistin und Englischlehrerin Najat al-Shafici sowie die Unternehmerin und Direktorin der Frauenabteilung der Britisch-Saudischen Bank in al-Qatif, Shadiya al-Bayat. Am 29. September 2004 stellte die Tageszeitung Arab News die Programme dieser Kandidatinnen vor, die insbesondere auf eine Verbesserung der Lebensqualität in den Städten abzielten (vgl. Mishkhas/Abou-Alsamh 2004).

Aus der saudischen Presse geht hervor, dass hinter diesen Frauen eine Reihe von Aktivistinnen steht, die deren Entscheidung ermutigt und öffentlich unterstützt. Als treibende Kraft gilt Hatoon al-Fassi, Geschichtsprofessorin an der *King Saud University* in Riad. Seit 1990 engagiert sie sich aktiv in Kolumnen und durch den Aufbau von Frauennetzwerken für mehr Freiheit für die Frauen des Landes und für deren Teilnahmerecht am öffentlichen Leben. In einem Land, in dem es illegal ist, politische Orga-

nisationen zu gründen, hat sie einen „Kultursalon“ mit 100 aktiven weiblichen Mitgliedern ins Leben gerufen. Dieser „Kultursalon“ steht in Kontakt mit zahlreichen ähnlichen Zusammentreffen im saudischen Königreich (vgl. Walter 2005).
Letztendlich zeigen ganz besonders die Regierungsargumente, mit denen das Teilnahmeverbot begründet wurde, dass es einen leichten Kurswechsel zu geben scheint. In einem interessanten Artikel von Hatoon al-Fassi fasst sie diese Veränderung folgendermaßen zusammen: „In ähnlichen Situationen wird üblicherweise mit der Religion oder der Tradition argumentiert, um Frauen von jeglicher Teilnahmemöglichkeit fernzuhalten. Dieses Mal verkündete der Präsident des Wahlkomitees jedoch, dass Frauen – legal gesehen – berechtigt seien teilzunehmen, dass es dieses Mal jedoch an der notwendigen Vorbereitungszeit gemangelt hätte. Dies ist eine neue Form der Entschuldigung, die als sehr positiv interpretiert wurde, da nicht mit „heiligen“ Gründen argumentiert worden sei, für die kein Gegenargument gefunden werden könne“ (vgl. Frontline 2005; Übers. Y.B.).
Tatsächlich erklärte Prinz Mansur (Vorsitzender des Generalkomitees für Kommunalwahlen) in einer Pressekonferenz, dass eine Teilnahme von Frauen an den Wahlen aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht machbar sei (vgl. Al-Riad, 13.10.2004) und versprach, dass die Teilnahme von Frauen an den Wahlen im Jahre 2009 umgesetzt werden würde (vgl. Khaleej Times, 07.02.2005). Auch der Bezirksgouverneur der Stadt Medina erklärte, dass die Möglichkeit einer Teilnahme von Frauen an den nächsten, in vier Jahren stattfindenden Wahlen geprüft werden würde (vgl. Al-Quds al-Arabi, 23.11.2004).
Wie es die schon oben zitierte Reaktion von Hatoon al-Fassi zeigt, interpretierten viele Aktivistinnen die Entscheidung der Regierung als ein positives Zeichen und stellten klar, dass sie weiterhin auf eine Teilnahme an den nächsten Wahlen hinarbeiten würden. Eine Gruppe von Frauen entschied sich sogar dafür, von Prinz Mansur brieflich eine Ernennung von Frauen für die nach den Wahlen übrig gebliebene Hälfte der Gemeinderatssitze zu fordern (vgl. Khaleej Times, 5.1.2005)!
Natürlich stellt sich nun die Frage, was all diese Entwicklungen bewirkt haben sollen, da Frauen an den Wahlen letztendlich doch nicht teilnehmen durften. Einen wichtigen Schritt sieht Shadiya al-Bayat darin, dass durch ihre Kandidatur die Gesellschaft dafür sensibilisiert wurde, dass sich Frauen mit ihren Forderungen Gehör verschaffen wollen (vgl. Okaz, 14.10.2004). Und genau dieser Aspekt scheint am Ablauf dieser Wahlen so interessant. Frauen wurden zwar von den Wahlen ferngehalten und das konservative Lager scheint damit gewonnen zu haben. Dennoch haben die saudischen Frauen mehr denn je gezeigt, dass sie präsent und in der Lage sind, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig zeigte sich, dass Teile der nationalen Presse sowie männliche Reformer diese Forderungen unterstützten und dass letztendlich das Haus der Saud nicht mehr gewillt oder nicht mehr in der Lage ist, eine Reform der Situation so radikal abzulehnen, wie es 1990 noch der Fall war.
Allerdings dürfen in diesem Zusammenhang auch die zahlreichen Hindernisse für ei-

ne Realisierung des Frauenwahlrechts nicht übersehen werden. So gilt es zum Beispiel als zentrales Problem, dass die hier beschriebenen Aktivistinnen eine Minderheit von Unternehmerinnen und Akademikerinnen bleiben, die keine Bewegung bilden und denen genügend Führungspersönlichkeiten fehlen. Das Verbot von jeglichen politischen Organisationen erschwert zudem eine effektive Politisierung der Gesellschaft. Die starke Assoziierung von Begriffen wie „Partizipation", „Emanzipation" und „Frauenrechte" mit dem Westen, der als eine dekadente Gesellschaft wahrgenommen wird, lassen Abneigung und Ängste entstehen. Letztendlich bewegt der schwierige Spagat, den die Monarchie zwischen Reformern und Konservativen zu halten versucht, die Herrscher immer noch eher dazu, sich gegen das liberale Lager zu stellen, wie es auch die letzten Festnahmen von drei Reformern noch einmal verdeutlichen.

Im Gegensatz zu den Ereignissen im Jahre 1990 haben die Kommunalwahlen jedoch gezeigt, dass saudische Frauen heute nicht mehr so einfach als Legitimationsinstrument benutzt werden können.

Literatur

Al-Quds al-Arabi, 23.11.2004.

Al-Riad, 13.10.2004.

Doumato, Eleanor, 1992: „Gender, Monarchy and National Identity in Saudi Arabia". *British Journal of Middle Eastern Studies,* Vol. 19 Nr. 1, 31-47.

Frontline, 2005: Interview mit Hatoon al-Fassi. Internet: www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/saud/interviews/alfassi.html

Khaleej Times, 7.2.2005.

Khaleej Times, 5.1.2005.

Mishkhas, Abeer/Abou-Alsamh, Rasheed, 2004: „3 Women nominate themselves for Municipal Elections". In: *Arab News*, 29. 9.2004.

Okaz, 14.10.2004.

Walter, Natasha, 2005: „Veiled hopes". In: *The Guardian*, 5.2.2005.